

Umweltpolitik und Umweltrecht

Vom Papiertiger zum Ökosieger?

Die chinesische Regierung hat die Umweltpolitik entdeckt

Chinas Umweltprobleme sind gewaltig. Vor allem, weil Firmen keine Konsequenzen befürchten müssen, wenn sie ihren Giftmüll in den nächsten See kippen. Das könnte sich ändern: Die chinesische Führung ist fest entschlossen, die Umweltkrise zu meistern. Alles andere als leicht. ■ VON EVA STERNFELD

Der Nationale Volkskongress in China beschloss im März 2008, der Umweltbehörde State Environmental Protection Administration, kurz SEPA, den Rang eines Ministeriums im Staatsrat zu verleihen. Damit wird eine Behörde aufgewertet, die bislang weder personell noch finanziell angemessen ausgestattet war. Alle drei Tage kommt es irgendwo im Land zu einer größeren Umweltkatastrophe, ausgelöst durch menschliches Versagen oder unzulängliche Technik. Und dabei sind die Fälle, die es in die Schlagzeilen schaffen, nur die Spitze des Eisbergs.

Bereits 2005 hatte Pan Yue, einer der stellvertretenden Leiter der Behörde, ein international aufsehenerregendes Interview gegeben. Mit für einen chinesischen Beamten ungewöhnlicher Offenheit beschrieb er eine höchst dramatische Situation: „Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit: Auf einem Drittel des chinesischen Territoriums geht saurer Regen nieder, (...) ein Viertel der Bürger hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Drittel der Städter muss stark verdreckte Luft einatmen, weniger als 20 Prozent des städtischen Mülls werden umweltverträglich entsorgt.“⁽¹⁾

Umweltskandale an der Tagesordnung

Im internationalen Vergleich legt China zwar beeindruckende ökonomische Bilanzen vor, in Sachen Umweltschutz besteht jedoch nach wie vor ein hoher Entwicklungsbedarf. Eine von der Yale-Universität in 146 Ländern durchgeführte Untersuchung zu Indikatoren der Nachhaltigkeit reiht China unter die 20 mit den gravierendsten Problemen ein. Insbesondere

die soziale und institutionelle Leistungsfähigkeit und die Beteiligung an globalen Initiativen wie dem Klimaschutz wurden als mangelhaft bewertet.⁽²⁾

Chinas Umweltkrise ist allgegenwärtig und sowohl die politische Führung als auch die Bevölkerung zählen sie inzwischen zu den entscheidenden Faktoren, die Chinas angestrebten Weg zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Weltmacht gefährden könnten. Die gegenwärtige Regierung verfolgt mit Sorge, dass sich Konflikte um knappe Ressourcen verschärfen und Umweltzerstörung nicht nur große ökonomische Schäden verursacht, sondern mitunter soziale Unruhen auslösen kann. Nie zuvor haben chinesische Regierungsvertreter sich so offen und so häufig zur Umweltkrise geäußert, wie Ministerpräsident Wen Jiabao und Parteichef Hu Jintao dies regelmäßig in Regierungserklärungen tun.

Massenproteste gegen Industrieanlagen

Wie weit der Weg zu einer transparenten und effizienten Umweltpolitik noch ist, offenbarte vor wenigen Jahren einer der schlimmsten bekannt gewordenen Umweltskandale der Volksrepublik China. Im November 2005 hatten lokale Umweltbehörden nach der Explosion einer Chemiefabrik in der Provinz Jilin zunächst verschwiegen, dass bei dem Unglück hundert Tonnen krebserregendes Benzol in den Fluss Songhua geflossen waren. Wochenlang war die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen in Nordostchina und im angrenzenden Sibirien beeinträchtigt. Der damalige SEPA-Direktor Xie Zhenhua trat zurück.

Die innenpolitische Tragweite und die internationalen Beziehungen haben dazu

beigetragen, dass die politische Führung die Umweltkrise entschlossener anpackt. Seit dem Songhua-Unglück veröffentlicht die Umweltbehörde auf ihrer Internetseite wöchentlich Daten zur Qualität der größten Gewässer.⁽³⁾ Diese sprechen eine eindeutige Sprache: Fast zwei Drittel der untersuchten Flüsse und Seen sind hochgradig belastet. Der von dem Journalisten Ma Jun ins Internet gestellte Wasserverschmutzungsatlas für China lokalisiert dank der von der Behörde zur Verfügung gestellten Daten mehr als 5.000 Industriebetriebe, die Abwässer einleiten, deren Schadstoffgehalt die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.⁽⁴⁾

Zunehmend wird die Umweltkrise zum sozialen Problem. Proteste wie im Sommer 2007 in der südchinesischen Stadt Xiamen, als wochenlang Tausende AnwohnerInnen gegen den geplanten Bau einer Fabrik demonstrierten, die den petrochemischen Grundstoff Paraxylol zur Herstellung von Polyester-Kunststoffen produzieren sollte, sind inzwischen keine Einzelfälle mehr.

Die Entwicklung der Umweltpolitik

Bereits am Anfang der chinesischen Umweltpolitik stand eine Umweltkatastrophe. 1972 traten in Peking vermehrt Lebensmittelvergiftungen auf, ausgelöst durch den Verzehr von Fischen aus dem damals bereits stark belasteten Guanting-Stausee im Nordwesten der chinesischen Hauptstadt. Der damalige Premierminister Zhou Enlai berief eine Kommission aus ranghohen Politikern ein, die sich der Umweltprobleme annehmen sollten.⁽⁵⁾

Die Teilnahme an der UN-Umweltkonferenz in Stockholm im gleichen Jahr gab wichtige Impulse für die ersten Schritte der

chinesischen Umweltpolitik. 1973 fand die erste nationale Umweltkonferenz statt und eine ministerielle Führungsgruppe für Umwelt wurde eingerichtet. 1982 wurde Umweltschutz zunächst dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Städtebau und ländliche Entwicklung zugeordnet.

1988 erhielt das dem Ministerium angegliederte nationale Umweltamt National Environmental Protection Agency erstmals einen unabhängigen Status und konnte nun direkt der Regierung berichten. Zunächst war die Behörde vorrangig für den städtisch-industriellen Umweltschutz zuständig und finanzierte ihre lokalen Behörden vor allem durch Einnahmen aus den sogenannten Schadstoffemissionsgebühren. Die Überschwemmungskatastrophen im Jahr 1998, für die in erster Linie die verfehlte Forstpolitik verantwortlich gemacht wurde, führten zu einer Aufwertung des Umweltamtes. Die nunmehr in SEPA umbenannte Behörde ist seither auch für Naturschutz sowie Nuklearsicherheit zuständig. Allerdings wurde im selben Jahr der Personalbestand infolge einer Strukturreform halbiert.

Kein Mangel an Regelungen

Seit 1978 ist in der chinesischen Verfassung die Verpflichtung des Staates zum Umweltschutz verankert. Im Jahr darauf wurde der Entwurf für das erste nationale Umweltschutzgesetz verabschiedet. 1989 trat eine überarbeitete Fassung in Kraft. Dieser folgten im Lauf der Jahre zahlreiche Einzelgesetze wie die Gesetze gegen Wasser-, Meeres- und Luftverschmutzung, das Bodenschutzgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Wüstenausbreitung sowie die Ressourcenschutzgesetze, wozu das Naturschutz- und das Forstgesetz gehören.

In jüngerer Zeit verabschiedete Gesetze wie das zur Förderung der Sauberen Produktion aus dem Jahr 2002 sowie das zur Umweltverträglichkeitsprüfung von 2003 betreffen Aspekte des Umweltmanagements. Ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien trat 2006 in Kraft, eine Elektroschrottverordnung im Frühjahr 2008. Derzeit wird ein Gesetz zur Kreislaufwirtschaft vorbereitet, das die Ver-

antwortlichkeiten für Recycling und den Umgang mit Abfällen regeln soll.

Die chinesische Umweltgesetzgebung verfügt mittlerweile über etwa 375 Umwelt- und Emissionsstandards, die sich an der internationalen Umweltschutzgesetzgebung orientieren. Die Standards werden unter anderem zur Ermittlung von Emissionsabgaben herangezogen. Hinzu kommen über 1.000 von den Umweltbehörden der Provinzen und Städte erlassene umweltrelevante Bestimmungen und Verordnungen. Viele Regelungen sind jedoch für die praktische Umsetzung noch zu wenig konkret, daher werden bereits in früheren Jahren erlassene Gesetze überarbeitet. So trat Anfang 2008 die Neufassung des Gesetzes zur Kontrolle der Wasserverschmutzung in Kraft, das drastische Strafen für die Verursacher von Wasserverschmutzung vorsieht.

Verschmutzung frisst Wachstum auf

Das neue Umweltministerium SEPA könnte auch dem vorübergehend auf Eis gelegten Grünen Bruttoinlandsprodukt neuen Auftrieb verleihen, das die ökonomische Entwicklung bereinigt um die Kosten der Umweltbelastung darstellt. Obwohl Chinas Investitionen im Umweltbereich mit 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ein Entwicklungsland bereits ein beachtliches Niveau erreichen, fressen die Kosten der Umweltverschmutzung und -zerstörung einen erheblichen Teil des Wirtschaftswachstums auf. Ein 2006 vorgestellter Bericht zum Grünen BIP geht von Umweltkosten in Höhe von mindestens 51 Milliarden Euro oder drei Prozent des BIP aus. Obwohl diese Berechnungen unvollständig und im Verhältnis zu Angaben der Weltbank, welche die Kosten der Umweltschäden auf bis zu zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts schätzt, moderat waren, wurde die Ermittlung des Grünen BIP abgebrochen, nachdem es zu keiner Einigung mit der staatlichen Statistikbehörde kam.

In letzter Zeit unternimmt die Umweltbehörde Vorstöße, den Umweltschutz über eine Reform des Finanzsektors voranzubringen. Eine im Februar dieses Jahres

vorgestellte Bestimmung soll börsennotierte Unternehmen zwingen, ihre Umweltberichte offenzulegen. Weiterhin hat die Umweltbehörde eine Liste von 141 die Umwelt stark schädigenden Produkten erstellt, die von Steuervergünstigungen und Handelsberechtigungen ausgenommen werden sollen. Auch Kredite sollen entsprechend der Erfüllung von Umweltschutzauflagen vergeben werden. Im vergangenen Jahr wurden bereits Kredite für rund 30 Unternehmen mit hohem Energieverbrauch und großen Umweltbelastungen verweigert. Ein Ansatz, der künftig große Wirkung zeigen könnte: Die Umweltbehörde hat bereits Daten von 30.000 verschmutzenden Unternehmen an Geschäftsbanken weitergegeben. Gemeinsam mit dem Finanzministerium erarbeitet sie derzeit einen Anforderungskatalog für chinesische Investitionen und die Kreditvergabe im Ausland. In Zusammenarbeit mit der staatlichen Versicherungskommission wird über eine Umweltversicherung nachgedacht. Diese soll bis zum Jahr 2015 landesweit eingeführt werden und die Entschädigung von Opfern durch Umweltverschmutzungen regeln.

Regionale Schlupflöcher

Bei der flächendeckenden Umsetzung der Umweltpolitik gibt es jedoch große Defizite. Angewendet werden Umweltgesetze vor allem in besser entwickelten Landesteilen. Dies führt dazu, dass Industrien mit hoher Umweltbelastung ins Hinterland abwandern. Trotz einer Fülle von Aufgaben hatte die Umweltbehörde bisher nur eine dünne Personaldecke. Die Zentrale der Behörde in Peking beschäftigte gerade einmal 220 Beamte. Die Umweltämter auf Provinz- und Kreisebene sowie angegliederte Behörden wie die Überwachungsstationen haben etwa 220.000 Angestellte – in einem Land mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern. Insbesondere auf lokaler Ebene sind viele Beamte nicht ausreichend qualifiziert. Da sich lokale Umweltämter teilweise über die Einnahmen aus den Emissionsgebühren finanzieren, sind sie wenig daran interessiert, Verschmutzungsquellen zu beseitigen. Bisher kam hinzu, dass loka-

le Umweltämter zwar der Struktur der Umweltbehörden unterstanden, aber vor allem ihren Lokalregierungen und deren Wirtschaftsinteressen verpflichtet waren. Mit der Aufwertung der SEPA zum Ministerium ist nicht nur eine Aufstockung des Personals verbunden, sondern auch die direkte Weisungsbefugnis an die lokalen Umweltbehörden.

Wird das neue Umweltministerium also tatsächlich schlagkräftiger als die Vorgängerbehörde sein? Das wird auch davon abhängen, ob andere im Staatsrat vertretene Regierungsbehörden und staatseigene Betriebe bereit sind, mit der SEPA zusammenzuarbeiten und sich mit ihr abzusprechen. Langfristig wird der

Erfolg der Umweltpolitik daran zu messen sein, ob sie den Umweltämtern auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene größere Handlungsfähigkeit und Kompetenz verleiht. Hierzu braucht China ein funktionierendes Rechtssystem, zu dessen Prioritäten der Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung gehören.

Anmerkungen

- ▶ (1) Interview mit Pan Yue. In: Der SPIEGEL 10/2005, S. 149
- ▶ (2) www.yale.edu/esi
- ▶ (3) www.zhb.gov.cn
- ▶ (4) www.ipe.org.cn
- ▶ (5) Sternfeld, E.: Umweltsituation und Umweltpolitik in China. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/2006, S. 27–34

Erstabdruck in: „China – Wirtschaftsmacht vor dem ökologischen Kollaps?“, politische Ökologie 110, oekom verlag, München 2008. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

Die auf Umweltthemen spezialisierte Sinologin Eva Sternfeld arbeitete bis vor Kurzem als Beraterin des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in einem dem chinesischen Umweltministerium unterstehenden öffentlichen Informations- und Bildungszentrum in Peking. Jetzt leitet sie die China-Arbeitsstelle des Instituts für Technikgeschichte der TU Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6923391, E-Mail: aiwastar@163bj.com



Umweltbewegung

Studenten für mehr Umweltschutz

Peking ist eine Boomstadt – wer die übelriechende Kehrseite zeigt, bleibt meist unverstanden

Die chinesische Hauptstadt bereitet sich auf die Olympischen Spiele vor und schreckt auch vor Wettermanipulationen nicht zurück. Verschmutzte Flüsse sollen mit ungeklärtem Wasser verdünnt werden, Proteste gegen Müllverbrennungsanlagen werden gestoppt. Dagegen wehren sich Studierende. ■ VON WEN BO, PACIFIC ENVIRONMENT PEKING

Als Fei Xiaojing 2001 über die erfolgreiche Bewerbung Pekings um die Olympischen Sommerspiele 2008 jubelte, ahnte sie noch nicht, dass sie zum Austragungszeitpunkt Teil der Umweltbewegung sein würde. Die in Yangzhou in der ostchinesischen Provinz Jiangsu geborene Fei begann ein Ökologiestudium an der Beijing Forestry University, da sie wie viele andere junge Chinesen in die Hauptstadt wollte, um dort eine gute Ausbildung und später vielleicht einen Job zu bekommen. Für den Master-Abschluss in Umweltwissenschaften schrieb sie sich an der renommierten Remin University ein. Dies bedeutete zwar, dass sie weitere drei Jahre nicht auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber keineswegs, dass sie ihr Engagement für den Umweltschutz in Peking einstellen würde. Noch während ihres Studiums an der Forestry University gründete sie den Studentenclub Green Fingers, um die Peking Flüsse zu schützen. Sie

hatte mit eigenen Augen gesehen, wie verschmutztes Wasser in die Flüsse gepumpt worden war. Später wurde Fei Xiaojing zur Vorsitzenden des China Green Student Forum, eines Netzwerks studentischer Umweltschutzgruppen, gewählt. Als eine von mehreren Gruppen, die sich für den Umweltschutz in der olympischen Stadt engagieren, sind die Herausforderungen für das Forum und Fei enorm.

Breite Straßen, stinkende Flüsse

Ausländische Besucher sind oft beeindruckt, wenn sie auf der Autobahn vom Peking Flughafen in die Innenstadt die ersten Blicke auf die Zeugnisse von Pekings Entwicklung werfen können. Die prächtige neue Flughafenautobahn, die Flughafen-U-Bahn und vier- bis fünfspurige Ringstraßen zeigen die schnelle Entwicklung der Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten. Was die meisten Besucher nicht sehen,

sind die Wasserwege unter diesen Straßen, die tagein tagaus Abfall und verschmutztes Wasser hinwegspülen. Es wäre ein bizarrer Kontrast, am Ufer eines Flusses zu stehen und die Verkehrsströme auf den Brücken zu betrachten, während man den Gestank des Flusses riecht. Anwohner, die in der Nähe dieser Flüsse leben, haben sich beschwert, aber es sind bisher nur sehr wenig unternommen worden, um die Situation zu ändern. Die Peking Regierung möchte allerdings verhindern, dass ausländische Besucher die imageschädigenden Wasserläufe sehen und riechen. So gibt es Pläne, mit zusätzlichem – ungeklärtem – Wasser einige der verschmutzten Fließgewässer während der Olympischen Spiele zu reinigen. Der Studentenclub von Fei Xiaojing ist da sehr viel weiter als die Peking Regierung: Er hat entlang des Tonghu-Flusses verheerende Verschmutzungsszenarien beobachtet und dokumentiert, ebenso wie die Klagen der lokalen Anwohner. Eini-

ge ältere Anwohner berichteten davon, wie sie als Kinder in dem damals klaren Tonghu-Fluss geschwommen sind. Heute ist der Tonghu nur noch ein Müllablageplatz und Abwasserkanal, eine Brutstätte für Krankheiten.

Ursprünglich war der Tonghu der nördlichste Teil des in den Jahren 605–610 erbauten 1.800 Kilometer langen Großen Kanals für den Transport von Agrarprodukten aus Südchina in die Hauptstadt Peking. Heutzutage braucht Peking den Kanal nicht mehr, um Nahrungsmittel zu transportieren, aber die Stadt hat definitiv einen großen Bedarf an Wasser. Für die weiter wachsende 20-Millionen-Stadt ist die Wasserversorgung eine Überlebensfrage. Zwar ist es Peking gelungen, den angrenzenden Provinzen Hebei und Shanxi ihre Wasserrechte abspenstig zu machen und Wasser aus ihren Einzugsgebieten in die Hauptstadt umzuleiten. Aber auch das reicht nicht zur notwendigen Versorgung aus. Deshalb hat China ein Nord-Süd-Wasserumleitungsprojekt begonnen und Wasser aus dem Hanjiang-Fluss in der südlich gelegenen Provinz Hubei nach Peking umgeleitet. Der Hanjiang ist allerdings ebenfalls stark verschmutzt, was höhere Krebsraten in Dörfern entlang seines Verlaufes zur Folge hat. Die Weltbank und die japanische Botschaft in China haben deshalb Projekte finanziert, in denen den Bewohnern dieser Dörfer dabei geholfen wird, Trinkwasserbrunnen von bis zu 100 Metern Tiefe zu graben. Dennoch wird für die Notfallversorgung Pekings noch immer Wasser aus dem Hanjiang entnommen.

Technologie als Allheilmittel

Die in China vorherrschende Mentalität führt dazu, dass zur Lösung von Versorgungsschwierigkeiten oder zur Deckung des Bedarfs an Energie oder Rohstoffen Megaprojekte in Angriff genommen werden. Dies ist nirgendwo sonst so ausgeprägt wie in China, wo Dämme, Kernkraftwerke, Öl- und Gaspipelines in enormen Ausmaßen geplant werden. Diese investitionsintensiven Projekte haben eines gemeinsam: Sie lassen Raum für Korruption auf Regie-

rungsebene und ermöglichen enorme Gewinne für einzelne Amtsträger. Ob diese Projekte ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind, ist eine Frage, deren Klärung zukünftigen Generationen überlassen wird.

Technologie ist das Lieblingsinstrument der Peking Regierung zur Lösung von Problemen. Beunruhigt über die Luftverschmutzung, hat Peking Raketenwerfer eingesetzt, um Wolken mithilfe von Chemikalien öfter abregnen zu lassen. Mit Blick auf die Olympiade hat Peking sein Bestes getan, um das Wetter zu kontrollieren und während der Spiele einen wolkenlosen Himmel zu garantieren. In den letzten Jahren hat Peking auch versucht sein Image als „Fahrrad-Königreich“ loszuwerden, indem es den Privatbesitz von Autos gefördert hat. Jeden Tag fahren 1.000 neue Autos auf Pekings Straßen und tragen zu der ohnehin starken Luftverschmutzung bei, die ernsthafte Erkrankungen der Atemwege auslöst. Peking Kinder, die jünger sind als 14 Jahre, haben noch nie einen sternklaren Himmel über ihrer Stadt erlebt.

Abgesehen davon hat im Frühling 2008 auch ein Sandsturm zur Verschlechterung der Luftqualität beigetragen. Jedes Jahr wird Peking von Sandstürmen eingehüllt, die der Stadt Endzeitszenarien beschreiben. Am 16. April 2006 fielen geschätzte 330.000 Tonnen Feinsand in Peking nieder – die ganze Stadt war mit Sand bedeckt. Zusätzlich zu diesen Problemen baut Peking in den Vorstädten mehrere Müllverbrennungsanlagen. Ihre Planung löste Proteste unter den Anwohnern aus. Am 5. Juni 2007, dem Weltumwelttag, versammelten sich mehrere hundert Bewohner der Vorstadt Liulitun vor der staatlichen Umweltschutzbehörde, um gegen die geplanten Anlagen in ihren Wohngebieten zu protestieren.

Repression gegen Umweltaktive

Die Peking Regierung ist allerdings entschlossen, eine solche öffentliche Kundgebung von Unzufriedenheit nicht hinzunehmen. Polizei und Geheimdienst sind mobilisiert worden, um die Aktivitäten von nichtstaatlichen Umweltschutzgrup-

pen zu untersuchen und zu überwachen. Einzelne Aktivisten werden von Mitarbeitern des Geheimdienstes besucht und über ihre Arbeit, ihre sozialen Kontakte und Geldquellen befragt. In einigen Fällen hat der Geheimdienst Studenten dafür bezahlt, in solche Gruppen einzutreten und dann über deren Aktivitäten zu berichten.

Für viele Regierungsmitarbeiter ist es offenbar schwer zu verstehen, warum Menschen sich organisieren und für den Umweltschutz engagieren anstatt mehr Geld zu verdienen. Ihr Unverständnis erklärt wiederum, warum die chinesische Regierung mit so vielen korrupten Beamten durchsetzt ist: Ihr Anreiz dafür, Beamter zu werden, besteht nur darin, einen profitablen Job zu bekommen. Der Polizist, der mit der Überwachung von Hu Jia – einem bekannten Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten, der zunächst unter Hausarrest gestellt wurde und bis heute inhaftiert ist – beauftragt war, fragte dessen Mutter, warum Hu sich mit dieser Art von Arbeit befasse, mit der er überhaupt kein Geld verdiene. Die Polizei sagte seiner Mutter, sie würde Hu nicht belästigen, wenn er sich statt mit seiner Non-Profit-Arbeit mit „normalen“ Geschäften zum Geldverdienen befassen würde. Das Motto „alles ist möglich“ ist in China sehr populär. Wenn man durch die Straßen geht, kann es einem leicht passieren, dass man einen Flugzettel in die Hand gedrückt bekommt, auf dem einem alle möglichen gefälschten Papiere angeboten werden, von einem Dokortitel bis zum Pass eines fremden Landes.

Wachsende Wirtschaft bei sinkender Lebensqualität

Man kann sicherlich sagen, dass ein gewisser Prozentsatz des Wirtschaftswachstums in China nur vorgetäuscht ist. Während Aktivitäten wie Abholzung, Bergbau und Handel mit wilden Tieren in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einfließen, werden die Schäden für Umwelt und Gesundheit nicht einbezogen. Außerdem geht ein großer Teil des Wirtschaftswachstums auf den Immobilienboom zurück, während das Ansteigen des BIP sich keineswegs in größere Zufriedenheit und

Lebensqualität der Bevölkerung übersetzt hat. Für viele Menschen ist das Leben sogar schwerer geworden, wegen der Inflation, den in die Höhe schießenden Immobilienpreisen und den gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die Welt wird bald den Niedergang chinesischer Billigprodukte erleben. Billiglöhne und niedrige Umwelt- und Sicherheitsstandards haben es ermöglicht, die Produktpreise zu drücken, allerdings auf Kosten des Lebensstandards und der Gesundheit der Menschen, die sie produzieren. Fabrikbesitzer haben Wanderarbeiter und lokale Ökosysteme ausgebeutet, um die größtmöglichen Profite zu erzielen. Da ist es nicht verwunderlich, dass es große Skandale wegen in China produzierter Güter gegeben hat. Während der Rest der Welt vielleicht nicht so vertraut ist im Umgang mit gefälschten Produkten, unsicheren Nahrungsmitteln und vergiftetem

Spielzeug, sind dies Probleme, mit denen chinesische Bürger jeden Tag konfrontiert sind. Sogar in bekannten Supermarktketten wie Carrefour, Ito Yokado und Wal-Mart muss man darauf achten, die richtigen Produkte zu wählen. Es ist bekannt, dass einige ihrer Filialen gefälschte Nahrungsmittel oder andere Güter mit giftigen Inhaltsstoffen anbieten.

Um einen umweltfreundlichen Lebensstil zu fördern, haben Umweltschutzgruppen in Peking die Green Choices Campaign ins Leben gerufen. Eine Webseite und ein Newsletter informieren Konsumenten darüber, wo sie sichere und umweltfreundliche Produkte kaufen können. Diese Kampagne hat auch unter den Studenten Pekings, die die Vorreiter der Umweltbewegung sind, regen Zulauf erhalten. Das China Green Student Forum hat Fortbildungen für Studenten organisiert, um Umweltaktivisten für grüne Olympische Spiele auszubilden.

Während die Eröffnung der Sommerspiele in Peking immer näher rückt, wird Fei Xiaojing als Leiterin all dieser Studentenaktivitäten bald keine Zeit mehr zum Ausruhen haben.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Asienhaus-Veröffentlichung „Schneller, höher, weiter: China überholt sich selbst“, herausgegeben von Nora Sausmikat und Klaus Fritsche, Übersetzung aus dem Englischen: Martin Stimmler. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

Wen Bo gründete 1987 das China Green Student Forum. Er arbeitet heute als Berater für die US-Organisation Pacific Environment. Im Fonds des China Advisory Board of Global Agreements fördert er Umweltgemeinden in China.

Kontakt:
E-Mail:
wenbo2@yahoo.com,
www.pacificenvironment.org



Internationale Umweltorganisationen

Elf Jahre Kampf für die Umwelt

Mit Beharrlichkeit und Pragmatismus hat Greenpeace China erste Erfolge erreicht

Während in den Schlagzeilen über China Umweltschäden mit dem unerbittlichen Wirtschaftswachstum des Landes konkurrieren, hat Greenpeace China vieles versucht, um die Abwärtsspirale der Umwelt aufzuhalten. Die Gratwanderung zwischen zentraler und lokaler Regierung ist dabei schwierig. ■ VON LO SZEPING, GREENPEACE CHINA

Viele sind immer noch überrascht darüber, dass Greenpeace in China präsent ist. Doch wir sind tatsächlich schon mehr als zehn Jahre in China aktiv. Es war ein langer Weg seit den ersten Tagen in dem bescheidenen, kleinen Büro mit nur fünf Angestellten. Heute haben wir 50 Arbeitskräfte auf dem Festland und 37 in Hongkong und dazu 16.000 UnterstützerInnen.

Die Mitarbeiter haben viel zu tun. Nicht nur Luft, Wasser, Wälder und Landwirtschaft sind einer zunehmenden Schädigung ausgesetzt, auch die Folgen der globalen Erwärmung sind in China bereits spürbar. Die Bevölkerung trägt die Hauptlast: Das chinesische Gesundheitsministerium meldete im Mai 2007, dass in China Krebs

Todesursache Nummer eins ist. Die Verschmutzung der Umwelt wird als hauptsächlichster Grund dafür angenommen.

Nur ein Drittel der Wasserreserven ist trinkbar

Viele Todesfälle stehen in Verbindung mit Giftstoffen im Trinkwasser. Im Moment sind nur etwas mehr als 28 Prozent aller Wasserressourcen in China überhaupt zum Trinken geeignet. Das Umweltministerium hat gerade mitgeteilt, dass durchschnittlich fünf Millionen Menschen im Jahr an Krankheiten sterben, die in direktem Zusammenhang mit verunreinigtem Wasser stehen. Die vor Kurzem ins Leben gerufene Kampagne „Sauberes Wasser für China“

ist deshalb das ambitionierteste Projekt von Greenpeace China.

Die Verschmutzung macht jedoch nicht an nationalen Grenzen halt. Die gewaltigen Probleme, vor denen China steht, haben Auswirkungen auf die ganze Welt. China hat sich nicht nur zu einem der größten Verbraucher natürlicher Ressourcen entwickelt, das Land ist auch einer der größten CO₂-Emittenten auf der Welt. China ist folglich zugleich Opfer und Täter der globalen Erwärmung.

Greenpeace hat in den letzten Jahren mehrere Expeditionen unternommen, um die Auswirkungen des Klimawandels auf China zu belegen. Erforschungen am Himalaya, „dem Wasserturm Asiens“, ergaben, dass die Gletscher in der Region be-

harrlich abschmelzen. Da die Hauptflüsse Süd- und Ostasiens, wie der Gelbe Fluss, der Jangtse, der Ganges und der Mekong, ihren Ursprung im Himalaya haben, hat die Gletscherschmelze katastrophale Auswirkungen für hunderte Millionen Menschen weit über Chinas Grenzen hinaus.

Greenpeace hat sich dafür eingesetzt, dass die chinesische Regierung sich mit dem Klimawandel befasst und erneuerbare Energien einführt. Wir haben zusammen mit dem Dachverband der Europäischen Erneuerbare-Energien-Industrie EREC den Bericht „Energy (r)evolution“ veröffentlicht, um nachhaltige Energieoptionen auch für China vorzustellen. Es gilt, die Regierung davon zu überzeugen, dass die Verminderung von Treibhausgasemissionen Hand in Hand mit einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gehen kann.

Probleme auf lokaler Ebene

Umweltthemen bekommen immer mehr Aufmerksamkeit von der Regierung, doch dies gilt oft nur für die Führungsspitze. Auf lokaler Ebene, wo die Umsetzung von Richtlinien lasch ist, bleiben die Probleme bestehen. Die meisten lokalen Beamten werden auf Grundlage des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) befördert und nicht zur Verantwortung gezogen, wenn sie Umweltgesetze nicht einhalten. Die Regierung hofft dies mit der Einführung eines „Grünen BIP“ und mit dem Einsatz von Marktmechanismen wie Ökosteuern und einem grünen Beschaffungswesen ändern zu können, um so die Durchsetzung von Umweltrichtlinien auf lokaler Ebene zu fördern.

Greenpeace erkennt die Wichtigkeit von Kooperationen mit Entscheidungspersonen der Regierung an und arbeitet in manchen Bereichen mit ihr zusammen. Wir waren beispielsweise die einzige Nichtregierungsorganisation, die beim ersten Entwurf des chinesischen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das 2006 eingeführt worden ist, zur Beratung eingeladen wurde. Wenn es nötig ist, unterlassen wir aber Kritik an der Regierung nicht, auch wenn bestimmte Beamte dies missbilli-

gen. Unsere Kampagne für das Landwirtschaftsministerium zur Ablehnung der Kommerzialisierung von genmanipuliertem Reis löste zum Beispiel eine Kontroverse in der Öffentlichkeit aus und erregte allerlei Bedenken von Beamten.

Umweltbewusste Olympiade?

Der wertvollste Unterstützer im Umweltschutz ist allerdings die chinesische Öffentlichkeit. Der breiten Bevölkerung müssen die Umweltprobleme bewusst werden und alle sollten sich bestärkt fühlen, wirklich etwas verändern zu können. Die Besorgnis der Menschen um Chinas Umwelt wächst, aber ihnen fehlen die Möglichkeiten ihre Meinung zu äußern. China versucht mit etlichen Projekten, das öffentliche Bewusstsein zu steigern und einen umweltfreundlichen Lebensstil zu propagieren. Dazu gehört zum Beispiel unsere laufende Kampagne gegen Einweg-Esstäbchen, die von 20.000 Personen unterstützt wurde. Auch überzeugen wir durch gemeinsame Aktionen mit Schulen die Einwohner Pekings, auf Energiesparlampen umzusteigen.

Die Olympischen Spiele bieten große Möglichkeiten, der Öffentlichkeit das Gefühl zu geben etwas zu bewirken und so die Bevölkerung für ein grüneres China zu aktivieren. Als Peking 2001 im Bewerbungsverfahren erfolgreich war, verpflichtete es sich, die Olympischen Spiele 2008 zu „grünen Spielen“ werden zu lassen. Werden es also die grünen Spiele, die es je gab? Wahrscheinlich nicht, aber wir wollen dafür sorgen, dass die Fortschritte im Umweltschutz während der Olympischen Spiele über 2008 und über Peking hinaus wirken. Wenn wir grüne Olympische Spiele organisieren können, dann kann China zeigen, dass auch ein Land solcher Größe sich auf einem nachhaltigen Weg in die Zukunft gut entwickeln kann.

Mangel an Partizipation und Transparenz

Die Stadt hat viel getan, um das Versprechen von grünen Olympischen Spielen zu erfüllen. Die Schließung stark verschmutzender Fabriken und der Austausch von

16.300 Kohleöfen gehören zu den Maßnahmen, die die Stadt für eine sauberere Luft entwickelt hat. Es gibt allerdings keine von Dritten verbürgten Informationen, um die Statistiken der Regierung zu beurteilen. In vielerlei Hinsicht fängt die Bewegung für grüne Olympische Spiele den allgemeinen Geist des Landes ein: Es gibt einen Mangel an öffentlicher Partizipation, einen Mangel an Transparenz der Regierungspolitik und eine in ihrer Entwicklung gehemmte Zivilgesellschaft.

Chinas Umwelt braucht die Öffentlichkeit

Umweltschutz ist das wohl am ehesten tolerierte politische Thema im Land. Alle großen internationalen Umwelt-NGOs haben Ableger in China. Da noch keine Rechtsstrukturen existieren, ist es allerdings für internationale Organisationen bisher nicht möglich, sich als Nichtregierungsorganisation in China registrieren zu lassen. Wir sind glücklich darüber, eng mit anderen internationalen und nationalen Umweltorganisationen in China zusammenzuarbeiten, da wir alle vor derselben Herausforderung stehen: China ist dabei, die Frist für einen Wechsel zu verpassen. Im Land eskalieren die Umweltprobleme in einem solchen Tempo und mit einer solchen Schärfe, dass viele schon den kritischen Punkt erreicht haben. Greenpeace ist sehr bemüht, genug Unterstützung zu sammeln, um die Zerstörung der Umwelt aufzuhalten, bevor sie irreversibel wird.

Doch unser wichtigster Verbündeter bleibt die Weltöffentlichkeit. Nur wenn die Menschen bereit sind sich ihrer Verantwortung der Umwelt gegenüber zu stellen, kann es einen Umschwung geben – in China und darüber hinaus.

Aus dem Englischen übersetzt von Isabel Oettinger.

Der Politik- und Verwaltungswissenschaftler Lo Szeping ist Kampagnenleiter von Greenpeace China in Peking.

Kontakt:
Tel. +86 (0)139 / 11366639,
E-Mail:
splo@greenpeace.org,
www.greenpeace.cn



Zivilgesellschaft

Beschränkte Freiheit

China lässt NGOs als Korrektiv zu, solange das Machtmonopol des Staates nicht gefährdet ist

China sieht das Konzept der Zivilgesellschaft nicht unbedingt als westlichen Import an, hat aber eigene Vorstellungen davon. Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen weist ein ähnliches Wachstum auf wie die chinesische Wirtschaft: gedrosselte zehn Prozent. Bisher engagieren sich nur wenige Chinesen freiwillig, allerdings mit steigender Tendenz. Die erfolgreiche Erdbebenhilfe könnte zu einer größeren Wertschätzung der Arbeit beitragen. ■ VON BERTHOLD KUHN

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird heute zwar weltweit verwendet, dabei aber sehr unterschiedlich interpretiert. Dennoch verstehen sich zahlreiche transnationale Organisationen als Teil einer Bewegung. Themen wie Unternehmensverantwortung, Philanthropie und Altruismus werden global und interdisziplinär diskutiert. Wie auch beim Menschenrechtsbegriff gibt es Bemühungen, den kleinsten gemeinsamen Nenner auszuweiten, aber die Begriffsverwendung ist doch verschieden. Die „civil society“ im anglo-amerikanischen Verständnis setzt andere Akzente als mit dem Begriff Zivil- oder Bürgergesellschaft in Deutschland lange transportiert wurden. Der englische Terminus betont stärker den konfrontativen und kontrollierenden Charakter von Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat, im modernen Jargon finden die Begriffe „watchdog“ und „whistle-blower“ prominente Verwendung. Dagegen ist die deutsche Vorstellung von Zivilgesellschaft eher die eines ergänzenden und integrativen Verhältnisses zum Staat. Staat und Zivilgesellschaft haben sich hier in Partnerschaft zueinander entwickelt und ausdifferenziert. Am deutlichsten wird dies im Sozial- und Wohlfahrtsbereich, der in Deutschland durch große Verbände dominiert wird.

Chinas nichtstaatliche Akteure als innovative Kraft

Auch in China hat das Thema Zivilgesellschaft durchaus Relevanz. Die beiden bedeutendsten Universitäten in Peking, die Tsinghua- und die Peking-Universität, besitzen beide Forschungszentren zu Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorgani-

sationen (NGO). In China wird der Begriff Zivilgesellschaft im wissenschaftlichen Diskurs um die Rolle und den Einfluss nichtstaatlicher Organisationen durchaus verwendet – und so schlecht sieht es mit der Akzeptanz und einem gemeinsamen Grundverständnis des Begriffs nicht aus.

Anders als etwa in Mexiko oder Vietnam wird in China der Begriff der Zivilgesellschaft nicht als Importkonzept kritisiert. In China verstehen sich nichtstaatliche Akteure, darunter private Stiftungen, Vereine und nichtkommerzielle Unternehmen, weniger als Gegenpol zum Staat, sondern mehr als innovative gesellschaftliche Kräfte, die Diskurse in Staat und Partei und Aktivitäten staatlicher Institutionen ergänzen, aber auch anregen. Ohne staatliche Akzeptanz sind die Spielräume gering. Der Staat gesteht Freiheiten zu, solange er das Machtmonopol von Staat und Partei nicht gefährdet sieht. Man sieht durchaus die Notwendigkeit eines sozialen Korrektivs zur technokratischen, elitären und paternalistischen Reformpolitik: Zivilgesellschaftliches Engagement als moderner Ausdruck der Pflege sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verantwortung, die durch die Veränderungen der lokalen Strukturen gefährdet scheinen.

Umweltschutz als Vorreiter

Auch im Umwelt- und Ressourcenschutz hat die Arbeit von NGOs zu einem Umdenken bei Teilen der Politik und Verwaltung sowie der lokalen Bevölkerung beigetragen. Bis vor nicht allzu langer Zeit wurden Berichte über Chemieunfälle, umweltschädliche Produktion und damit in Verbindung gebrachte Krebserkrankun-

gen unter strengem Verschluss gehalten. Inzwischen ist darüber vielerorts eine Debatte entstanden, die zumindest bei der Zentralregierung zu einer deutlichen Aufwertung von Umweltthemen beigetragen hat. Einige Industrieansiedlungen und Staudammprojekte wurden neu geplant oder gestoppt. Die nationale Umweltbehörde SEPA ist zu einem Ministerium aufgewertet worden.

Zwischen „Gongos“ und Graswurzeln

In China gibt es 380.000 registrierte Nichtregierungsorganisationen, davon etwa 210.000 Mitgliederorganisationen, 1.300 Stiftungen und 170.000 nichtkommerzielle Unternehmen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche nichtregistrierte Nachbarschaftskomitees, Nutzer- und Selbsthilfegruppen sowie Hauskirchen. Experten schätzen die Zahl solcher Gruppen auf bis zu acht Millionen. Dazu kommen landwirtschaftliche Kooperativen. Die Organisationen sind in einem weit gefassten thematischen Spektrum tätig. Dies schließt Berufsverbände ebenso ein wie Umwelt- und Verbraucherschutz, Kultur- und Denkmalpflege, Völkerverständigung sowie Arbeit für Behinderte, bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Minderheiten oder Aidskranke.

Die wichtigsten Organisationstypen sind die Massenorganisationen und die staatsnahen „Gongos“ (Government-organized nongovernmental organizations) sowie unabhängige Stiftungen, Wirtschafts-, Berufs- und Wissenschaftsverbände, Absolventenorganisationen, soziale Dienstleistungsorganisationen, kulturelle Vereinigungen, Trainings- und Beratungsorganisationen. Sie verfügen über einen

unterschiedlichen Grad an Autonomie und Nähe zu Partei und Staat. Die Massenorganisationen sowie die Gongos, zu denen viele Großstiftungen zählen, spielen nach wie vor die entscheidende Rolle in der Gesellschaft. Zu den Massenorganisationen gehören die All China Women's Federation, die All-China Federation of Trade Unions und die Youth League of China. Zu den Gongos zählen Hilfsorganisationen wie die China Charity Federation, die China Foundation for Poverty Alleviation und die China Youth Development Foundation mit ihrem Schulabbrecherprojekt Hope. Die Novellierung der Stiftungsverordnung im Jahr 2004 hat dazu geführt, dass sich einige größere Privatstiftungen registrieren konnten. Ein Beispiel ist die Jianguo Foundation, die 1993 von dem Shanghaier Unternehmer Jianguo Qu ins Leben gerufen wurde. Sie arbeitet zu Armutsbekämpfung, Nothilfe, Bildung und Altenpflege.

Schwaches Mittelfeld

Das zivilgesellschaftliche Mittelfeld ist eher schwach ausgeprägt. Den parteinahen Massenorganisationen, die als Transmissionsriemen zwischen Partei und Gesellschaft fungieren, und den nach wie vor staatsnahen Gongos stehen viele kleine „grassroots organisations“ gegenüber. Es

fehlen unabhängige Organisationen mittlerer Größe. Zu den wenigen existierenden Organisationen im Mittelfeld könnte man die etablierten chinesischen Umweltorganisationen Friends of Nature (FON) und Global Village of Beijing (GVB) zählen sowie die christlich orientierte Amity Foundation in Nanjing.

Insgesamt sind Tiefe und Breite des zivilgesellschaftlichen Engagements noch schwach ausgeprägt, wie der Bericht des Civil Society Index (www.civicus.org) feststellt: Relativ wenige Chinesen engagieren sich dauerhaft als Freiwillige in registrierten Organisationen oder spenden regelmäßig, besonders außerhalb der modernen Metropolen. Das Engagement in privat gegründeten Organisationen ist auf die gebildeten Mittelschichten konzentriert.

Das Erdbeben vom 10. Mai in der Provinz Sichuan hat in China eine nie da gewesene Hilfs- und Spendenbereitschaft ausgelöst. Zehntausende Freiwillige waren im Erdbebengebiet im Einsatz, gespendet wurden bis Ende Mai 4,4 Milliarden Yuan, das sind 400 Millionen Euro. Das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen nach dem Erdbeben in Sichuan hat zu einer stärkeren Akzeptanz und Wertschätzung der Arbeit von NGOs beigetragen – bei den Behörden und teilweise auch in der Bevölkerung.

Fürsorgliche „Schwiegermütter“

Die Bedingungen für die Registrierung von NGOs in China sind im internationalen Vergleich sehr restriktiv. Mitgliederbasierte Organisationen müssen 50 natürliche Personen oder 30 Rechtspersonen als Mitglieder nachweisen, Stiftungen mit einer Erlaubnis zur landesweiten Spendenwerbung einen Kapitalstock von acht Millionen Yuan (760.000 Euro). Hinzu kommen aufwendige Pflichten für die Registrierung. NGOs müssen nicht nur beim Ministerium für Zivile Angelegenheiten oder dessen lokalem Büro gemeldet sein, sondern auch bei einer staatlichen Organisation, die für die Arbeit der betreffenden NGO verantwortlich zeichnet und jährlich deren Aktivitäten prüfen muss. Man nennt diese Partnerorganisation „professional supervisory unit“ oder „professional leading unit“ – oder auch „Schwiegermutter-Organisation“. Hinzu kommen weitere Anforderungen wie geografische Beschränkungen: Pro Betätigungsfeld wird in der Regel nur eine Organisation je Kreis, Stadt oder Provinz zugelassen.

Viele Organisationen mit gemeinnütziger Ausrichtung, auch einige lokal tätige internationale Organisationen, konnten sich bei Industrie- und Handelsbüros registrieren. Sie haben dann rechtlich den Status eines Unternehmens und unterlie-

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenkerinnen und Vordenker

China – Wirtschaftsmacht vor dem ökologischen Kollaps?

Chinas Wirtschaft brummt auf Kosten von Mensch und Umwelt: Wanderarbeiter(innen) schufteten zu Hungerlöhnen, Flüsse kippen um und Smog vernebelt die Städte.

Die *politische ökologie*¹¹⁰ zeichnet ein nuanciertes Bild vom sozialen und wirtschaftlichen Wandel im bevölkerungsreichsten Land der Welt, benennt die vielfältigen (Umwelt-)Probleme und zeigt Wege aus der Umweltkrise auf.

- _ Wer profitiert vom Aufschwung, wer verliert?
- _ Welche Folgen des Klimawandels treffen China besonders stark?
- _ Wie wichtig ist die Zivilgesellschaft für den Umweltschutz?

Mit Beiträgen von H. Schmidt-Glintzer, D. Fischer, C. Shi, E. Sternfeld, A. Oberheitmann u.v.a.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 110 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/19,20 CHF!
ISBN 978-3-86581-114-1 oekom verlag_ Fax 089/54 41 84-49_ neugier@oekom.de www.oekom.de



Bretter, die die Welt bedeuten

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk-, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

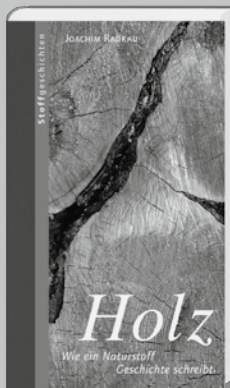
J. Radkau

Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt
341 Seiten, mit zahlreichen
Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-049-6



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



gen zwar weniger strengen Anforderungen als die Nichtregierungsorganisationen im engeren Sinne, verlieren aber steuerliche Vergünstigungen. Neben landesweit gültigen rechtlichen Bestimmungen für die Registrierung und Führung von NGOs gibt es weitere unterschiedliche Vorschriften auf lokaler Ebene, die eine Registrierung für kleinere Organisationen teilweise erleichtern. Mit einigen großen internationalen NGOs bestehen Sonderabkommen.

Ein Entwurf zu einem neuen Gemeinnützigkeitsrecht ist seit Juni 2007 in der Diskussion. Es fanden mehrere Symposien mit internationalen Experten statt, aber bisher wurde noch kein grünes Licht für das Gesetzgebungsverfahren gegeben. Das Gesetz soll geregelte Rahmenbedingungen für Organisationen schaffen, die verstärkt öffentliche Spenden werben und Freiwillige rekrutieren wollen. Dazu soll es Voraussetzungen und Kriterien formulieren, die diese Organisationen erfüllen müssen, wie zu Akkreditierung, interner Verwaltung, Buchhaltung, Transparenz oder Registrierung von Freiwilligen.

Skepsis und Hoffnung

In China sind einige große internationale Nichtregierungsorganisationen tätig, die sich als Akteure einer globalen Zivilgesellschaft verstehen. Manche sind als steuerpflichtige Firmen registriert, besitzen wie das Hilfswerk ActionAid programmbezogene Abkommen auf Provinzebene oder agieren wie Greenpeace steuerpflichtig unter einem anderen Namen als Firma. Andere international tätige Organisationen wie das Rote Kreuz besitzen allerdings aufgrund spezieller Vereinbarungen einen weitgehend befriedigenden Status.

Bei den Freiheiten und Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure gibt es Fort- und Rückschritte. Im sogenannten themenanwaltlichen Bereich, besonders bei den Menschenrechten, unterliegen Organisationen in China starken Beschränkungen. Selbst Organisationen, die sich eigentlich nur mit Recherche und der Verbreitung von Informationen über sensible Themen wie HIV/Aids befassen oder Informationen über die Entwicklung der Zivilgesell-

schaft zusammentragen, können Probleme bekommen, wenn ihre Popularität wächst. So ging es der englischen Ausgabe des Informationsdienstes China Development Brief, die im Sommer 2007 ihre Aktivitäten und die Aktualisierung der Internetseiten nach zehn Jahren einstellen musste. In anderen Bereichen wie Sozialfürsorge oder Umweltschutz gibt es mehr Freiheiten. Viele internationale Akteure versuchen die Entwicklung der chinesischen Zivilgesellschaft zu fördern. Einerseits begegnet man in China diesem Anliegen mit Skepsis, weil man die systemverändernde Stoßrichtung US-amerikanischer NGOs und ihrer Partner in Russland und Osteuropa im Blick hat. Andererseits sieht man das Potenzial der NGOs, Aktivitäten des Staates im Sozialbereich zu ergänzen und harmoniebildend zu wirken.

Insgesamt ist es schwierig, hier einen eindeutigen Trend der Fort- oder Rückschritte auszumachen. Es ist aber festzustellen, dass NGOs in China inzwischen ein weites Spektrum an Themen besetzen, sich zunehmend international vernetzen und auch professioneller arbeiten als noch vor einigen Jahren. Es bleibt die Hoffnung, dass die politische Führung die Potenziale der NGOs erkennt und dass ihr Engagement – wie bei der Erdbebenhilfe geschehen – von der Bevölkerung zunehmend wertgeschätzt wird. NGOs können sich in China nur selten eine konfrontative Haltung gegenüber politischen Autoritäten leisten. Es ist jedoch vielen Organisationen gelungen, lokale und zentralstaatliche Akteure durch engagierte Arbeit allmählich davon zu überzeugen, dass sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung einer „harmonischen Gesellschaft“ leisten können.

Dr. Berthold Kuhn ist Privatdozent am Fachbereich Sozial- und Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin und arbeitet als Berater für das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) im Ostasien-Referat.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 5350
E-Mail:
berthold.kuhn@t-online.de

